

"Wir sind Kämpfer ..." - Interview mit Benazir Bhutto

Wie fühlen Sie sich als erste weibliche Premierministerin der islamischen Welt?

Es ist eine große Ehre und ein Privileg für mich. Aber es ist mehr noch eine Ehre und ein Privileg für das pakistanische Volk und die Märtyrer, die ihr Leben im Kampf für einen demokratischen Staat ließen. Ihr Kampf ist es, der zum Erfolg geführt hat, und dies ist ein Augenblick, der in die Geschichte eingehen wird...

Welches sind die unmittelbaren Probleme, denen ihre Regierung gegenübersteht?

Da sind zum einen politische Probleme, zum anderen personelle, strukturelle und konstitutionelle. Wir fühlen uns der Verfassung aus dem Jahre 1973 verpflichtet. Die Verfassung von 1985 ist ein Durcheinander; einerseits vieldeutig, andererseits völlig den Absichten eines einzigen Mannes angepaßt. Das heißt, daß sie nichts Klares, nichts Konsequentes enthält. Diese Verfassung setzt unserem Handeln zudem enge konstitutionelle Grenzen. Deshalb wollen wir versuchen, diese mit einer 2/3-Mehrheit zugunsten der Verfassung von 1973 zu ändern. Die Verfassung von 1973 ist eine repräsentative Verfassung für die vier Provinzen des Landes und den Staat Pakistan... Als mein Vater an die Macht kam, hatte er und die PPP grundsätzlich freie Hand. Wir aber unterliegen derart vielen Einschränkungen und Zwängen. Ich möchte noch erwähnen, daß unsere Partei diskutiert hat, ob wir die Regierung bilden oder in der Opposition bleiben sollten. Denn es gibt viele Hindernisse auf dem Weg zur Umsetzung unserer Politik. Beispielsweise die Frage der politischen Gefangenen, die wir am Tag unserer Amtsübernahme aus der Haft entlassen wollten. Aber uns gelang dies nicht... Aber dann dachten wir, daß wir doch Kämpfer sind, und die geben nicht auf...

Dann gibt es die strukturellen Aspekte. So wurde z.B. das Haus des Premierministers nie wirklich genutzt... Wir haben z.B. das Problem, Telefonanrufe zu erhalten. Es ist schwer zu glauben, daß es für die Premierministerin schwierig sein könnte, jemanden anzurufen oder angerufen zu werden... Wenn nicht einmal eine Telefonverbindung hergestellt werden kann, dann können Sie sich vorstellen wie schwierig es ist, Akten zu erhalten. Wir denken, daß dieses Problem eine weitere Konsequenz der langjährigen Militärdiktatur ist. Dinge wurden auf eine derart willkürliche Art und Weise getan, daß es schwierig für eine neue Person ist. Wir sind aber trotzdem ungeduldig, mit der Arbeit beginnen zu können...

Es gibt dann natürlich auch noch Wirtschaftsfragen. Es wird uns z.B. gesagt, daß kein Geld vorhanden sei, wenn wir die Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds nicht sofort ratifizieren würden. Die Konsequenzen davon könnten den Interessen des Volkes zuwiderlaufen. Aber die letzte Regierung hat uns dazu verpflichtet.

Dies sind die Hauptprobleme, mit denen wir derzeit konfrontiert sind... Wir wollen sie lösen und Pakistan die Vision eines föderalistischen, demokratischen und egalitären Landes geben... eines Landes, das die Grundbedürfnisse seiner Bevölkerung befriedigen kann. Wir wollen Freiheit, und wir wollen, daß sich jeder Bürger von Pakistan frei fühlt...

(aus: 'Herald', Karachi, Dezember 1988, Übersetzung: Claudia Indira d'Souza)

Milliarden Rupies durch Mißwirtschaft verschiedener Ämter, öffentlichen Institutionen und Individuen verloren gehen.

Ökonomische Krise

Die ökonomische Krise besteht aus zwei Komponenten: dem Haushaltsdefizit und dem Mangel an Devisen. Momentan besteht ein Mißverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Befriedigung der Grundbedürfnisse, dem Aufbau einer Infrastruktur für zukünftige Investitionen und dem Schuldendienst Pakistans. Um die Krise in den Griff zu bekommen, wären folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Verringerung der Ausgaben im administrativen Bereich durch Dezentralisierung,
- Die Erhöhung der Steuern durch Einführung einer Mehrwert- und Gewerbesteuer sowie einer Landwirtschaftssteuer,
- Die Überwindung der Zahlungsbilanzprobleme durch

eine 5-jährige Terminierung des Schuldendienstes, der 87 % der Auslandshilfe, die Pakistan erhält, verschlingt. Mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds müßten Verhandlungen darüber geführt werden, um das so eingesparte Geld zur Entwicklung des Erziehungs- und Gesundheitssystem einsetzen zu können, was zu einer Produktivitätssteigerung führen würde. Ferner könnte das Geld für infrastrukturelle Maßnahmen wie Transport, Kommunikation und Energie eingesetzt werden und schließlich die Erhaltung von Anbauflächen sichern, die durch Versalzung und Wüstenbildung gefährdet sind.

Wenn ein lebensfähiges demokratisches System errichtet werden soll, dann müssen die genannten Probleme kurz- bzw. langfristig in Angriff genommen werden. Dazu wird ein Team der besten Fachleute nötig sein, um die politischen Maßnahmen zu formulieren und kurzfristig umzusetzen. Für die Umsetzung langfristiger politischer Maßnahmen werden Parteiorganisationen mit 'grass-root'-Unterstützung benötigt, die den institutionellen Rahmen für einen fortschrittlichen modernen und demokratischen Staat bilden können.